



## Christlich-soziale Volkspartei (VP)

**Autor: Wilfried Marxer | Stand: 31.12.2011**

Im Februar 1918 gegründete erste politische Partei Liechtensteins; ab 1920 auch als «Liechtensteinische Volkspartei» bezeichnet. Der Erste Weltkrieg hatte die österreichische Donaumonarchie erschüttert und auch im eng mit Österreich verbundenen Liechtenstein Forderungen nach mehr Demokratie Auftrieb gegeben. Wortführer dieser Bewegung war der Landtagsabgeordnete Wilhelm Beck, der zur Verbreitung seiner Ideen seit 1914 die Zeitung «Oberrheinische Nachrichten» herausgab (ab 1924 «Liechtensteiner Nachrichten»). Eine erste Folge der Demokratiebewegung war die Einführung des direkten Wahlrechts, das erstmals bei der Landtagswahl vom März 1918 zur Anwendung kam. Auf diesen Anlass hin gründete Beck mit Gleichgesinnten die VP. Sie setzte sich für eine neue Verfassung mit mehr demokratischen Mitwirkungsrechten ein und verfolgte die wirtschaftliche Neuorientierung in Richtung Schweiz. Im Vergleich zu der im gleichen Jahr gegründeten Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) war die VP demokratischer, sozialer, liberaler, weniger kirchentreu und weniger monarchistisch. Dies brachte ihr (obwohl nicht sozialistisch) von ihren Gegnern die Bezeichnung «die Roten» ein.

Die VP konnte in den Auseinandersetzungen über eine neue Verfassung ihre Forderungen weitgehend durchsetzen (Schlossabmachungen). Bei den ersten Wahlen nach der neuen Verfassung von 1921, die 1922 nach dem Majorzsystem durchgeführt wurden, errang die VP alle neun Mandate im Oberland, die gegnerische FBP alle sechs Unterländer Mandate. Unter Regierungschef Gustav Schädler von der VP wurde 1926 das Personen- und Gesellschaftsrecht eingeführt, das einen wichtigen Grundstein für den späteren wirtschaftlichen Aufschwung Liechtensteins legte. Die Hinwendung zur Schweiz war bereits mit dem Postvertrag von 1921 und dem Zollanschlussvertrag von 1923 besiegelt worden.

Nach den anfänglichen politischen Erfolgen scheiterte die VP 1928 am sogenannten Sparkassaskandal, einem Betrugs- und Veruntreuungsfall bei der Spar- und Leihkasse, der späteren Liechtensteinischen Landesbank. Politisch wurde dieser Skandal der VP angelastet, da jegliche Kontrollen versagt hatten. Wilhelm Beck war als Präsident des Sparkassa-Verwaltungsrats ebenfalls involviert. Die Regierung Schädler musste auf Druck von Fürst Johann II. demissionieren. Bei den vorgezogenen Neuwahlen 1928 erreichte die VP nur noch vier Landtagsmandate und wurde in den Folgejahren von der FBP mit Regierungschef Josef Hoop klar dominiert. In der Regierung war die VP noch mit einem Regierungsrat vertreten.

1930 forderte die VP Neuwahlen, da nach ihrer Ansicht seit den letzten regulären Wahlen vier Jahre



vergangen waren. Die FBP stellte sich jedoch auf den Standpunkt, dass die neue Mandatsperiode mit dem Jahr 1928 begonnen habe. Die Abgeordneten der VP zogen sich darauf aus dem Landtag und der Regierung zurück, sodass die FBP 1930–32 alle politischen Ämter innehatte.

Ebenfalls 1930 lancierte die VP eine Volksinitiative zur Einführung des Proporzwahlrechts; sie scheiterte in der Abstimmung vom 2.3.1930 an 60,6 % Neinstimmen. Der nächste Konfliktpunkt war ein neues Pressegesetz, das wegen zunehmender Angriffe auf politische Persönlichkeiten verabschiedet worden war. Die VP wertete dies als Angriff auf die Pressefreiheit und die Opposition insgesamt. Am 26.10.1930 wurde das Pressegesetz in einer Volksabstimmung hauchdünn abgelehnt. 1932 opponierte die VP gegen eine Wahlrechtsreform mit einem Gemeindegewortum (→ Wahlsysteme), unterlag aber in der Volksabstimmung.

Die Landtagswahlen nach dem neuen Wahlgesetz brachten 1932 eine erdrückende Mehrheit für die FBP, die 13 der 15 Mandate erreichte. Die VP errang lediglich die Direktmandate in Balzers und Triesenberg. Die Nachbeben des Sparkassaskandals und die erfolgreiche Regierungstätigkeit der FBP hatten zum Verlust der VP-Mehrheit auch im Oberland geführt. Die VP war aber nach der zweijährigen Abstinenz wieder im Landtag und mit einem Regierungsrat auch in der Regierung vertreten.

Mit der Gründung des Liechtensteiner Heimatdienstes 1933 erwuchs der VP Konkurrenz in der Opposition. Zwischen den beiden Oppositionsparteien entwickelte sich eine Zusammenarbeit, die 1935 in die Nationale Opposition und per 1.1.1936 in die Fusion der beiden Parteien zur Vaterländischen Union mündete. Die «Liechtensteiner Nachrichten» gingen in der neuen Parteizeitung «Liechtensteiner Vaterland» auf.

## Literatur

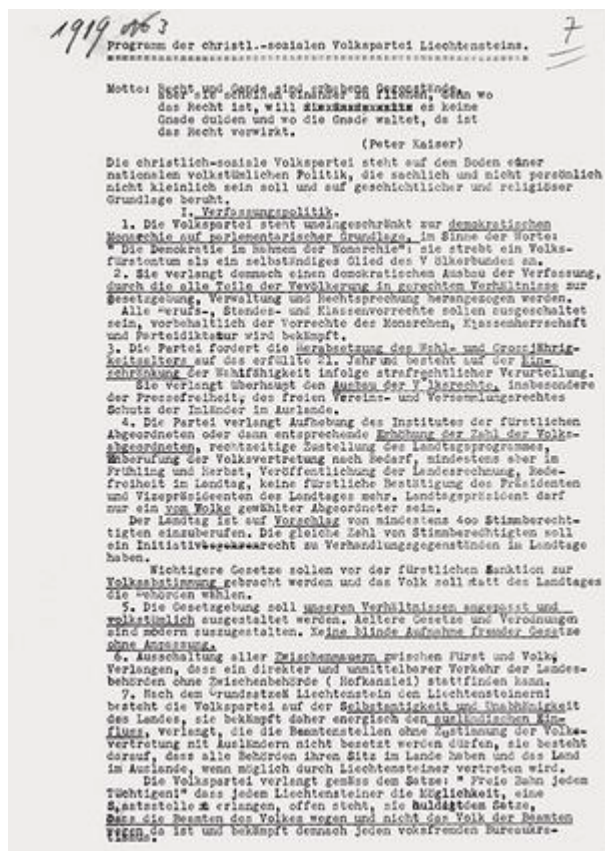
- *Peter Geiger*: Krisenzeit. Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928–1939, Vaduz/Zürich <sup>2</sup>2000.
- Die Schlossabmachungen vom September 1920. Studien und Quellen zur politischen Geschichte des Fürstentums Liechtenstein im frühen 20. Jahrhundert, hg. von der Vaterländischen Union, Redaktion: Arthur Brunhart, Vaduz 1996.
- *Helga Michalsky*: Die Entstehung der liechtensteinischen Parteien im mitteleuropäischen Demokratisierungsprozess, in: Liechtenstein: Kleinheit und Interdependenz, hg. von Peter Geiger und Arno Waschkuhn, Vaduz 1990 (= Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 14), S. 221–256.
- *Arthur Brunhart*: 50 Jahre für Liechtenstein. Vaterländische Union 1936–1986, hg. von der Vaterländischen Union, Vaduz 1986, S. 7–35.



## Zitierweise

<<Autor>>, «Christlich-soziale Volkspartei (VP)», Stand: 31.12.2011, in: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <<URL>>, abgerufen am 24.3.2025.

## Medien



Programmewurf der christlich-sozialen Volkspartei, 1918 (Parteiarchiv VU). Das Programm der Volkspartei wurde am 18.1.1919 in den «Oberrheinischen Nachrichten» publiziert.

### Parteipräsidenten, ab 1918

Amtszeit	Name	Beruf
1918-1928	Anton Walser	Wirt und Geschäftsmann
1929-1931	Josef Gassner	Landwirt
Ab 1931	Alois Schädler	Bauunternehmer

Abgerufen von



„[https://historisches-lexikon.li/index.php?title=Christlich-soziale\\_Volkspartei\\_\(VP\)&oldid=26012](https://historisches-lexikon.li/index.php?title=Christlich-soziale_Volkspartei_(VP)&oldid=26012)“